



- Ratsfraktion -

Rede zum Haushalt 2007 der Stadt Korschenbroich

Sitzung des Stadtrates am 13. Februar 2007

**Fraktionsvorsitzender
Die Aktive
Manfred Henninger**

Sperrfrist: Dienstag, 13.02.2007, Schluss der Rede

Inhalt

1. Verschuldung
 2. Misswirtschaft, Korruption
 3. Transparenz
 4. Finanzwirtschaftliche Fakten aus Korschebroich
 5. Bisherige Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung
 6. Notwendige weitere Konsolidierungsschritte / Aufgabenkritik
 7. Handlungsbedarf im Haushaltssicherungskonzept (HSK)
 8. Neues kommunales Finanzmanagement (NKF)
 9. PPP (Public Private Partnership)
 10. Ehrenamt
 11. Grundwasser
 12. Stellungnahme zum Haushalt 2007 sowie zur 6. Fortschreibung des HSK
-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Verschuldung

In ihrem Papier "Das soziale neu denken" bezeichnen die katholischen Bischöfe die heutige Verschuldung als amoralisch. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis uns jegliche Handlungsoptionen abhanden kommen. Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, wie Politik bei einem Verschuldungsverbot aussehen würde.

Zweifellos ist der enorme Schuldenstand eine schlimme Hypothek für die kommenden Generationen, die ja zusätzlich den demografischen Wandel und die Folgen der Globalisierung zu schultern haben werden.

In „Sonntagsreden“ stimmen mir sicher viele zu, das praktische Handeln auf allen Ebenen sieht hingegen meistens anders aus.

Die **gesamtwirtschaftliche Verschuldung** beläuft sich nach aktuellen Zahlen auf 1,487 Billionen Euro (Stand: Februar 2007). Wie gewaltig dieser Schuldenberg ist, habe ich in meiner letztjährigen Haushaltsrede versucht plastisch darzustellen. Ein Nachlesen sei empfohlen. In diesem Jahr haben Bund, Länder und Gemeinden allein Zinszahlungen von rund 66 Milliarden Euro vorgesehen; jede Sekunde sind fast 2.100 € an Zinsen fällig.

Das wahre Ausmaß der kommunalen Verschuldung wird beispielsweise durch die dramatische Entwicklung der **Kassenkredite** deutlich. "Einmal mehr bestätigt sich, dass die Kommunen ihren laufenden Ausgabeverpflichtungen in hohem Maße nur durch Aufnahme neuer Kassenkredite nachkommen können"

(Mitteilungen Städte- und Gemeindebund NRW, April 2006, S. 98 f.). Kassenkredite sind (eigentlich) als Ausgleich für kurzfristige Liquiditätsengpässe gedacht, entwickeln sich aber mehr und mehr zur langfristigen Verschuldung und sorgen so für eine weitere Einschränkung der kommunalen Handlungsfähigkeit. In den amtlichen

Schuldenstatistiken tauchen nur die langfristigen Kredite, nicht aber die "Dispos" auf. Dies sollte schleunigst geändert werden um ein realistisches Bild vom öffentlichen Schuldenberg zeichnen zu können (Der Steuerzahler, Juli 2006, NRW Nachrichten, S. 7).

So belasten jeden **Korschenbroicher** ca. 3.030 € kommunale Schulden und nicht 1.534 € wie uns der Kämmerer aufzeigt. Denn wie erwähnt, braucht er die Kassenkredite nicht mit einzubeziehen, des Weiteren lässt er die Schulden des städtischen Abwasserbetriebes außen vor. Beides zusammen immerhin ca. 50 Mio. €.

Wenn Sie, meine Damen und Herren die realistischen Zahlen – Gesamtverschuldung und pro Kopf-Verschuldung – unserer Kommune nachlesen wollen, so schauen Sie auf die Internetseite der [Aktive Bürger Gemeinschaft](#). Dort finden sie in Form einer **Schuldenuhr** aktuelle Angaben. Überhaupt sollte eine Schuldenuhr in jeder Stadt zur Pflicht werden! Damit Bürger und Rat nicht permanent die Augen davor verschließen.

In Langenfeld arbeitet Deutschlands erste "Entschuldungsuhr", und das mit Erfolg. Die Stadt will sich konsequent entschulden und beweist dies mit einer rückwärts laufenden Uhr, die an der Außenwand des Verwaltungsgebäudes für alle sichtbar angebracht ist.

2. Misswirtschaft, Korruption

Schätzungsweise fünf Milliarden Euro Steuergeld werden pro Jahr in Nordrhein-Westfalen verschwendet. Der letzte Bericht des Landesrechnungshofes (LRH) wirft ein Schlaglicht auf die **Misswirtschaft** in NRW (Der Steuerzahler, September 2006, NRW Nachrichten, S. 7). **Verschwendung von Steuergeldern** ist also nach wie vor ein täglicher, öffentlicher Skandal, für den niemand haftbar gemacht wird, denn von dem zur Verfügung stehenden Arsenal an Sanktionen (Dienstvergehen, Schadenersatz, Verweis, Geldbuße, Gehaltskürzung, Entfernung aus dem Dienst, Kürzung oder Aberkennung des Ruhegeldes, Untreue gem. § 266 StGB) macht die öffentliche Hand so gut wie keinen Gebrauch. Wer behauptet, in den öffentlichen Haushalten gebe es kein Einsparpotenzial mehr, ignoriert vorsätzlich oder fahrlässig die Berichte der Rechnungshöfe oder das jährliche Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler.

Die jüngste Vergangenheit hat zudem gezeigt, dass **Korruption** leider nicht nur ein Problem südlicher Länder ist, sondern auch in Deutschland verstärkt um sich greift: Müllskandale, illegale Parteispenden, dubiose Beraterverträge, Schiedsrichterskandale, Schleichwerbung im Fernsehen, Ämterpatronage, Verquickung privater und dienstlicher Interessen, Filz und Klüngel. All das sind Alarmzeichen, denen eine Gesellschaft nicht gleichgültig gegenüber stehen sollte. Korruption führt zur Verschwendung von Steuergeldern, lähmt die öffentliche Verwaltung, treibt die Kosten der Privatwirtschaft in die Höhe und untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat.

Die materiellen Schäden in Form höherer Steuern und Abgaben oder entgangener Nutzen liegen auf der Hand. Die immateriellen Folgen hingegen

sind u. U. jedoch viel gravierender; sie reichen von Desinteresse bis hin zum Abwenden vom bestehenden politischen System. Wie weit verbreitet Korruption in Deutschland tatsächlich ist, kann schwer beziffert werden. Experten schätzen, dass nur 5% überhaupt bekannt werden.

Ums so wichtiger ist es, Korruption massiv entgegen zu treten; jeder auf seinem Gebiet und in seinem Verantwortungsbereich.

Der Begriff **Korruption** ist vieldeutig und unscharf, eine einheitliche und übergreifende **Definition** gibt es meines Wissens nicht. Je nach Betrachtungsweise lassen sich mindestens drei Ansätze zur Begriffsbestimmung ausmachen:

1) Als "harter Kern" stehen die strafrechtlichen Bestimmungen im Vordergrund: Vorteilsgewährung, Bestechung, Bestechung im geschäftlichen Verkehr sowie Submissionsabsprachen.

2) Die politik- und sozialwissenschaftliche Diskussion zielt hingegen auf folgende Phänomene, wenn sie von Korruption spricht: Missbrauch von Macht zum persönlichen Vorteil, sei es als Missbrauch eines öffentlichen Amtes oder Mandates zu privaten wie parteipolitischen Zwecken, Ämterpatronage und Klientelismus. Ein Gesetzesverstoß ist dazu nicht unbedingt erforderlich; es geht vielmehr um Vertrauensschutz und Fragen der Moral und Ethik einer "offenen Gesellschaft".

3) Die weiteste Fassung von Korruption schließt bereits das "bloße Einknicken vor der Macht" (von Armin) oder das "Verbrechen der Kriecherei" (Martin Baur, Kölner Strafrichter) mit ein. Darunter ist etwa das Aufgeben eigener Meinung um des eigenen Vorteils willen zu verstehen, aber auch die Anpassung von Beamten und Angestellten an die Wünsche der jeweiligen politischen Führung. Oder das Wegducken von Politikern, wenn es um Pfründe und Karrieren geht. Oder wohlwollende Presseberichte ohne journalistische Grundprinzipien.

Die Fähigkeit zur Selbstkritik und der Wille zum Handeln sind die wesentlichsten ersten Schritte, die vorhanden sein müssen, wenn es gilt, den Bürger von einer korruptionsfreien, transparenten und in allen Belangen unabhängigen Verwaltung zu überzeugen.

Ich hoffe nicht, dass der Korruptionsexperte Thomas Leif recht hat, indem er drastisch folgendes formuliert: "Die Korruptionsbekämpfung ist die Lebenslüge der politischen und ökonomischen Klasse" (Michels, R.: Korruption - eine Plage auch in Deutschland, in: RP vom 28.10.2006).

3. Transparenz

Stichwort Transparenz: Manche meinen, es schade dem Ansehen der **Aktive Bürger Gemeinschaft**, wenn sie Anfragen unbedingt öffentlich stellen will, damit diese protokolliert sind. Warum soll uns das schaden? Die Bürger sind intelligenter als die meisten Politiker meinen. Die Bürger wollen das, wofür wir - **Die Aktive** – eintreten: Transparenz!

Und hier sollte uns die Presse unterstützen und nicht in den Rücken fallen. A. Polger, österreichischer Schriftsteller und Kritiker (1873-1955) hat einmal gesagt: "Die Presse hat auch die Aufgabe das Gras zu mähen, das über etwas zu wachsen droht". Dem sollten sie sich verpflichtet fühlen! In Korschenbroich gibt es einiges zu mähen!

4. Fakten aus Korschenbroich

Auch in diesem Jahr einige finanzwirtschaftliche Fakten aus Korschenbroich:

- Seit 2003 wurde kein Haushalt seitens der Aufsichtsbehörde mehr genehmigt.
- Für Korschenbroich gelten seit Ende des Jahres 2002 die haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen einer Übergangswirtschaft (§ 82 GO NRW).
- Gesamtschuldenstand ca. 100 Mio. €; davon: städtischer Haushalt: 51 Mio. €, Eigenbetrieb Abwasser: 22 Mio. €, Kassenkredite ca. 28 Mio. €!
- Der Verwaltungshaushalt 2007 führt trotz beträchtlich erhöhter Einnahmen zu einer Unterdeckung in Höhe von 4,2 Mio. €! Unter Berücksichtigung der aufgelaufenen Fehlbeträge (28,9 Mio. €) beträgt der Fehlbedarf somit ca. 33 Mio. €.
- Die uns vorliegende 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) wird abermals nicht genehmigungsfähig sein. Hierzu später.

5. Bisherige Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung

Im letzten Jahr und auch im vorliegenden Haushalt 2007 sind zumindest einige Weichen in die richtige Richtung gestellt worden. Das begrüßen wir. Das haben wir mitgetragen oder zum Teil selbst vorgeschlagen.

Blicken wir in Stichpunkten auf vernünftige Maßnahmen zurück:

Veräußerung von städtischen Immobilien sowie Freiflächen

Themenkreis Baulandmanagement

Nutzungsgebühren/Kostenbeteiligung für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen wie Sportanlagen und Bürgerhäuser

Sondernutzungssatzung; auch wenn zu Lasten von eingeschränkter Transparenz bewusste Klientelpolitik eine Rolle spielte

Prüfung von Privatisierungen und Veräußerungen, wie z. B. Reha-Bau oder der Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)

Sperrvermerke in diversen Positionen

6. Notwendige weitere Konsolidierungsschritte / Aufgabenkritik

Man kann nur das ausgeben, was man auch einnimmt. Dieser Satz wirkt auf den ersten Blick banal und manchem vielleicht nicht wissenschaftlich genug. Aber gerade deshalb ist er umso zutreffender; wird jedoch in unserer Heimatstadt seit Jahren missachtet.

In einer Statistik über die **Ausgaben der Kommunen pro Einwohner** liegt Korschenbroich mit 2.192 Euro (pro Einwohner) an 285. Stelle (von den 396 Städten und Gemeinden in NRW). Mich kann es da kaum trösten, dass Jüchen und Grevenbroich noch einiges dahinter liegen (Platz 320 bzw. 349). Schon eher muss es Ansporn sein, in die Richtung von Kaarst zu gelangen, das sich gut 100 Plätze vor Korschenbroich befindet und nur 1.750 Euro pro Einwohner ausgibt (Maas Rhein Westfalen Zeitung, 07/2006, S. 23).

Jedoch, ein **Prozess systematischer Aufgabenkritik** fliegt einem nicht zu. Man muss ihn -wie in anderen Kommunen- initiieren und wirklich vorurteilsfrei wollen. Für die Stadt Münster, die dieses unangenehme Verfahren durchlaufen hat, ergab sich, dass in 192 Fällen die Produkte von ihrem Standard her beeinflussbar sind und in einem Drittel aller Fälle Dienstleistungen durch einen Dritten erstellt werden können (Will, Katrin, NKF-Projektteam Münster: Die Bedeutung von Zielen und Kennzahlen im NKF als Chance für eine strategische Steuerung, in: NKF News Nr. 6, September 2006, S. 6).

Den **Staat auf die Kernaufgaben reduzieren**. Und zwar noch viel entschiedener als bisher, so immerhin Manfred Palmen, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium NRW (in: VMimpulse, Informationen zur NRW-Verwaltungsmodernisierung, Ausgabe 1/2006, S.2). Richtig. Wir müssen uns auf unsere Kernaufgaben zurückziehen, um nicht weiter auf Pump zu leben; dazu müssten in einem ersten Schritt möglichst viele Aufgaben abgebaut werden, sagt nicht Manfred Henninger, sondern der Städte- und Gemeindebund NRW (aus: Gemeindefinanzen kein Notgroschen für das Land, Städte- und Gemeindebund NRW 13/2006 vom 05.04.2006). Aber ich stimme dem zu.

Ziel muss es darüber hinaus sein, **zeitgemäße Strukturen** zu schaffen und **moderne Managementmethoden** einzuführen, die eine Antwort auf die veränderten Anforderungen öffentlicher Aufgabenerledigung darstellen (VMimpulse, Informationen zur NRW-Verwaltungsmodernisierung, Ausgabe 1/2006, S.1).

Spielregeln privatwirtschaftlichen Handelns sind sicher nicht eins zu eins auf öffentliche Verwaltungen zu übertragen. Haushaltsrecht, Dienstrecht und veraltete Verwaltungsstrukturen behindern oftmals gute Ideen. Dennoch gibt es bewährte betriebswirtschaftliche Ansätze, die auch in kommunalen Verwaltungen relativ problemlos eingeführt werden können. Um nur zwei zu nennen: Echtes, den Namen verdienendes **Controlling** und **Benchmarking**: Leistungen werden überprüft und mit anderen verglichen. Zwar nicht pauschal, denn Infrastrukturen unterscheiden sich oder auch Landesgesetze, zudem sind nicht alle Verwaltungsleistungen ohne weiteres messbar. Wenn aber 60 bis 80 Prozent von ihnen mittels Kennzahlen erfasst und vergleichbar werden, ist dies ein wesentlicher Schritt. Qualitätsvergleiche sind zukunftsorientiert. Durch ständigen Vergleich mit anderen und die kritische, unvoreingenommene Überprüfung der eigenen Leistungsfähigkeit ändern sich strukturell die Verwaltungsabläufe. Dies ist nachhaltiger als kurzfristige Budgetstreichungen.

Nochmals zurück zum Thema: **Aufgabeneinschränkung**. Unser Kämmerer betont immer wieder, dass es jetzt darum geht "sich Gedanken zu machen, in welchem Umfang Leistungen eingeschränkt werden können". (u. a. Niederschrift der 9. Sitzung des Betriebsausschusses vom 19.09.2006, S. 8; hier bezogen auf den Stadtpflegebetrieb). Nicht erst jetzt, Herr Schultze, schon seit längerem ist dies wichtig. Bei Ihrer letzten Haushaltsrede hatten Sie das bereits zum Ausdruck gebracht. Aber allein damit ist es nicht getan. Sie müssen sich massiv dafür einsetzen - mit Ihrer Fachkompetenz und ihrem Einfluss; auch gegen starrköpfige ewig Gestrige. Das zeichnet einen starken Kämmerer aus. Unterbreiten Sie weitergehende und unkonventionelle Vorschläge zur Sanierung, auch wenn Sie zunächst nach Ihrer Einschätzung nicht durchkommen. Sei es drum, aber die Diskussion wird eröffnet.

Gerade in Zeiten knapper Kassen muss eine verantwortungsvolle Politik auch folgende Fragestellungen bzgl. des gemeindlichen Leistungsspektrums angehen: Welche Produkte/Dienstleistungen können wir uns leisten? Was dürfen uns diese kosten? Können Aufgaben ersatzlos gestrichen werden? Müssen sie überhaupt von der öffentlichen Verwaltung wahrgenommen werden? Können wir hier und da qualitative Abstriche machen? **Externe think tanks**, wie die IHK, der Städte- und Gemeindebund, die GPA, der Bund der Steuerzahler, die Bertelsmann Stiftung, um nur einige zu nennen, argumentieren in die gleiche Richtung. Deren Sachverstand flapsig in Frage zu stellen, wie im Haupt-ausschuss geschehen, disqualifiziert eher den Zwischenrufer.

Selbst unser Bürgermeister betonte im Rat, dass der Staat sich aus vielen Bereichen zurückziehen bzw. Ausgaben reduzieren muss (13.12.2005, Rede zum Haushalt 2006, S. 2). Ja, aber warum tun Sie es nicht?

Unsere Ansätze im Hauptausschuss diesen Jahres und auch der beiden Vorjahre waren geeignet, einen erheblichen Sanierungsschritt nach vorne zu tun. Die Devise von Verwaltung und Mehrheitsfraktion lässt sich dagegen unter dem Titel „Weiter so wie bisher“ zusammenfassen. Da helfen auch keine blumigen Umschreibungen des CDU- Fraktionsvorsitzenden.

Ich erspare mir, unsere Anträge nochmals zu erläutern, sie sollten Ihnen bekannt sein. Einer Mär möchte ich jedoch an dieser Stelle ausdrücklich widersprechen. Wir wollen den einzelnen städtischen Mitarbeitern, die überwiegend einen guten Job machen, kein Geld wegnehmen. Es geht uns unter dem Titel „Senkung Personalausgaben“ primär um Strukturen und Abläufe sowie um kreative Möglichkeiten zur Ausgabensenkung.

7. Handlungsbedarf im Haushaltssicherungskonzept (HSK)

Korschenbroich hat –wie viele andere Städte- **kein Einnahmeproblem** (zumindest nicht auf einen Mehrjahreszeitraum bezogen), **sondern ein Ausgabeproblem**.

Neben konsequenter Entschuldung ist die Beseitigung struktureller Defizite, die Reduzierung und Abgabe von Aufgaben (incl. umfassender Kooperationen)

unumgänglich. Sie hingegen setzen in erster Linie auf höhere Einnahmen! Und wenn die ausbleiben? So sind sie für nächste Abschwungphasen (die hoffentlich noch einige Zeit auf sich warten lassen) nicht gerüstet! Sie schieben weiter „mit gutem Gewissen“ alle Schuld von sich; Ursache sei die fehlende Reform der Gemeindefinanzen. Das stimmt zwar zum Teil, dennoch ist mir diese Vorgehensweise zu einfach. Da darf man von den Managern der Stadt mehr erwarten!

„Die erkennbaren positiven Tendenzen dürfen nicht von der weiter bestehenden Notwendigkeit ablenken, eigene Anstrengungen zu unternehmen, zu einer Verbesserung der Haushaltssituation beizutragen“ dozierte der Kämmerer bei Vorlage des Haushalts 2007 am 14.12.2006 im Rat. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Schultze. Nur zum geringen Teil einig bin ich jedoch mit Ihrer Aussage, dass Verbesserungen im HSK (Haushaltssicherungskonzept) auf die konsequente Anwendung der Bestimmungen zur Übergangswirtschaft beruhen. Da bietet der Runderlass des NRW-Innenministers vom 05.01.2006 (Neufassung des Erlasses aus 1999) weitaus größeren Gestaltungsspielraum, den Sie und Ihr Chef jedoch nur in Ansätzen ausschöpfen.

Folge: das uns vorgelegte HSK wird wiederum nicht genehmigungsfähig sein. Der originäre Haushaltsausgleich soll 2013 erreicht werden; 2019 betragen die Altfehlbeträge immer noch 7,5 Mio. €. Und das auch nur, weil Sie in den Jahren ab ca. 2012 immense Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen zeigen, die im Zeitraum 2013-2019 das Defizit um sage und schreibe 36 Mio. € abbauen sollen. Wie kommen Sie auf solche Einnahmen? Wir nennen eine derartige **Zahlenakrobatik** gelinde gesagt einfach nur unsolide.

8. Neues kommunales Finanzmanagement (NKF)

Noch einige Sätze zum Thema NKF.

NKF wird die wirtschaftliche Situation der Gemeinden in Zukunft noch schonungsloser aufdecken. Es wird jedoch zunächst keinen zusätzlichen Euro in die Kassen spülen, so dass der Konsolidierungsdruck vermutlich eher zunehmen und Effizienzdefizite darlegen wird.

Die Einführung der Doppik allein löst die kommunale Finanznot natürlich nicht. Aber: Finanzen sind ein **Steuerungsinstrument**. Wer einen detaillierten Überblick über Vermögen, Schulden und Rückstellungen hat, kann Entscheidungen besser treffen und auch dem Bürger gegenüber leichter erklären. Wäre das NKF früher eingeführt worden, wären manche Ratsentscheidungen der Vergangenheit mit Blick auf die Folgekosten anders ausgefallen.

Apropos (Strategische) Ziele: Wann wird die Politik denn in den **Zielbildungsprozess** einbezogen? Welche Ziele verfolgt werden sollen (mit welchen steuerungsrelevanten Kennzahlen) kann doch wohl nur das Ergebnis eines Dialogs zwischen Verwaltung und Politik sein! Oder soll uns eines späten Tages ein Zielkatalog seitens der Verwaltung und/oder der Mehrheitsfraktion vorgelegt werden, den wir dann gefälligst schnell abzunicken haben?

Mehr dazu in der schriftlichen Version meiner Rede. Im Hinblick auf den Zeitaspekt ebenso lediglich in schriftlicher Fassung einige Aussagen zu PPP (Public Private Partnership) und zum Ehrenamt.

Schauen Sie ruhig mal rein, auch ins Internet!

Zur Formulierung von Zielen kann im Übrigen die so genannte SMART-Regel der Bertelsmann Stiftung hilfreich sein. Dabei handelt es sich grob um eine Art Checkliste für die Formulierung von Zielen, welche die wesentlichen Eigenschaften aufführt, die eine sinnvolle Zielvereinbarung charakterisieren.

S- specific (konkret)
M- measurable (messbar)
A- accountable (zurechenbar)
R- realistic (realistisch)
T- timebased (zeitbezogen)

(vgl. Bertelsmann Stiftung, aus: NKF-Themenworkshop vom 20.06.2006 in Detmold)

Per Definition ist ein Ziel ein wünschenswerter, anzustrebender Zustand, der in der Zukunft liegt. Ein solches Ziel kann nur definieren, wer den Ausgangspunkt kennt. Dazwischen liegt der Weg, der von Kennzahlen begleitet wird, die ein Abweichen signalisieren sollen, um rechtzeitig steuernd eingreifen zu können.

9. PPP (Public Private Partnership)

Der **Sanierungsstau** in deutschen Kommunen ist gewaltig und wird auf 70 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt. Ein Ausweg könnte sein, die Infrastruktur gemeinsam mit privaten Investoren zu sanieren. Allerdings stellen PPP-Modelle (Public Private Partnership) kein Allheilmittel dar, das zugleich die Kommunalfinanzen gesunden lässt und den Investitionsstau behebt. Auch sie kosten Geld, das allerdings effizienter eingesetzt wird. Der **Effizienzvorteil** gegenüber konventionellen Lösungen liegt nach bisherigen Erfahrungen bei ca. 10%-20%.

Exkurs:

Der wesentliche Vorteil des PPP-Modells liegt für die öffentliche Hand darin, dass Planung, Bau, Betrieb und Finanzierung aus einer Hand kommen. Des Weiteren in der langfristigen Kostensicherheit sowie nachweislich erzielbaren Effizienzvorteilen.

Nettetal und Willich sehen PPP-Projekte sehr positiv. In anderen Kommunen des IHK-Bezirks Mittlerer Niederrhein herrscht eher Zurückhaltung, so eine Umfrage der IHK aus 2006. Dort ist die Furcht vor privaten Geschäftspartnern anscheinend groß. (IHK Magazin 04/2006, S. 32)

In vielen Verwaltungen muss es auf jeden Fall einen Mentalitätswechsel geben, um die Chancen von PPP wirklich zu nutzen. Gemeint ist primär die „Verwaltungs-Denke“, selbst alles besser mit den eigenen Leuten zu machen, die ja ausgelastet werden müssen.

Ziel sollte es sein, dass Kommunen jedes Projekt ab einer gewissen Größenordnung darauf überprüfen, ob es Private günstiger realisieren können. Und wer behauptet, betriebswirtschaftliches Kostenmanagement führt nicht zu qualitativer Arbeit, der irrt gewaltig!

Jener Bürgermeister ist ein Pionier, der sich mit seiner Verwaltung auf deren Kernaufgaben konzentriert und sich für die anderen Bereiche Partner sucht, die genau dort ihr Kerngeschäft haben.

10. Ehrenamt

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ist nicht der billige Jakob des Wohlfahrtsstaates. Dies gilt besonders unter dem Aspekt des demographischen Wandels und speziell der wachsenden Zahl älterer Menschen. Wer **ehrenamtliches Engagement** allein auf die Funktion der Kostenentlastung öffentlicher Haushalte reduziert, verkennt dessen besondere zwischenmenschliche, ideelle und soziale Qualität und erzeugt ein völlig falsches Konfliktverhältnis zwischen ehrenamtlich und bezahlt Tätigen. Der demographische Wandel ist jedoch eine große Chance für verstärktes bürgerschaftliches Engagement: Darauf hoffen und setzen wir. Für seine Förderung gibt es zwar keine Patentrezepte, wohl aber viele

Anregungen und Hilfen. (Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Demographischer Wandel 2020 - Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh 2006, S. 172)

Ohne ehrenamtliches Engagement lassen sich die vielfältigen Aufgaben auch in unserer Stadt nicht schultern. Oft wird es, von vielen unbemerkt, im Stillen, manchmal aber auch für alle offensichtlich, jedoch immer zum Wohle Anderer ausgeübt. So ist es unserer Ansicht nach angebracht, hin und wieder, im regelmäßigen Turnus, „Danke“ zu sagen. Besonders denjenigen, die im Verborgenen wirken und nicht so im Fokus der Öffentlichkeit stehen, gebührt Anerkennung und Dank. Uns geht es hierbei nicht um das Herausstellen besonderer Verdienste, wie dies z. B. in der Stadt Kaarst der Fall ist, sondern darum, dass die Ehrenamtler merken, ihr Engagement wird erkannt und gebraucht. Ein Nachmittag in geselliger Runde dient außerdem dem Austausch von Erfahrungen und dem Knüpfen neuer Kontakte. *Die Aktive* regt daher weiterhin an, einen **Tag des Ehrenamtes** einzuführen und regelmäßig zu wiederholen.

11. Grundwasser

Ein leider nach wie vor nur in Ansätzen bearbeitetes Problem unserer Stadt ist das Thema Grundwasser.

Sie haben sicher schon darauf gewartet.

Wir *Die Aktive* fragen uns nach wie vor, wann erfolgt endlich konsequentes Handeln aller Beteiligten in Land, Kreis und Stadt, bei dem die Bürger wirklich den Eindruck gewinnen können, hier packt jemand mit ganzem Herzen und voller Energie die Thematik an?

Wer einmal live miterlebt hat, mit welchem Engagement und intensivster Leidenschaft in diversen Ausschüssen und Gremien etwa über Gestaltungssatzungen diskutiert wird, der muss sich schon fragen, ob hier in Korschenbroich die **Prioritäten nicht gänzlich auf den Kopf gestellt sind**. Bewahrung unserer Kultur und Heimat sind zweifellos wichtige Dinge, über die man auch konzentriert diskutieren sollte, dennoch: Gesundheit und Existenz vieler Menschen hängen hiervon wohl kaum ab.

Während bei derartigen Sitzungen die volle Führungspräsenz der CDU selbstverständlich anwesend ist, fand am 01.09.2005 und am 29.03.2006 keiner dieser Damen und Herren Gelegenheit, die **Einladung der Kirchen zum Thema Grundwasser** wahrzunehmen. Kurzfristige Terminschwierigkeiten - so die lapidare Begründung im Nachhinein. Zum Termin selbst erschien man einfach nicht; ohne Absage, ohne Entschuldigung. Warum auch - es ging ja nur um das unbedeutende Thema Grundwasser; da gibt es doch hier in Korschenbroich viel wichtigere Sachen zu behandeln! Das "C" in Ihrem Parteinamen wird dann allerdings zur Farce! Christlich geprägte Politik sieht gänzlich anders aus! Immerhin konnte man der Presse entnehmen, dass Sie die erarbeitete Erklärung zustimmend zur Kenntnis genommen haben, was nach unserem Sprachgebrauch in Rat und Ausschüssen dann wohl heißt: Ich nehme zur Kenntnis und stimme zu!

Na also, aber dann empfehle ich, die **Erklärung des ökumenischen Arbeitskreises vom 15.05.2006** nochmals intensiv zu studieren und bitte ihre Politik danach zu gestalten. Sie haben Vertreter in Kreis und Land auf die Sie ebenfalls entsprechend einwirken können! Wenn Sie wollen! Dem Motto der Kirchenerklärung „Nur in gelebter Solidargemeinschaft ist die Last gemeinsam zu schultern“ ist kaum etwas hinzuzufügen.

Anderer Sachverhalt: Die Verwaltung lässt sich Monate einlullen und hinhalten, vertraut gutgläubig oder eher naiv fadenscheinigen Aussagen, so der NVV zum Thema Wiederinbetriebnahme Waldhütte/Lodshof oder den Wasserverbänden zur ordnungsgemäßen Pflege der Oberflächengewässer. Wir haben diesen guten Glauben inzwischen verloren und sind nicht mehr derart naiv. Ohne ständiges Bohren und Insistieren, ohne kritisches Anmerken und Nachfragen, ohne schriftliches Statement ist man anscheinend aufgeschmissen. Eine derartige Ignoranz und Überheblichkeit seitens der gerade angesprochenen NVV bzw. Wasserverbände haben die betroffenen Bürger nicht verdient, wie die NGZ am 07.12.2006 vollkommen richtig kommentiert (R. Wiedner, Patchwork bröckelt).

Aber auch wir, *Die Aktive*, haben das leider mehrfach erfahren müssen. So hat uns die Verwaltung erst 6 Monate später, nachdem das Schreiben der Bezirksregierung zur Ablehnung der Variante III/Friedhof Pesch in der Stadt eingegangen war, informiert. Nicht nur vorsätzliche Informationsverweigerung, sondern ein schlechter Stil zudem. Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung, für die ich als Fraktionsvorsitzender immer einstehe, sieht wahrlich anders aus. Hier sollte der BM umdenken; ein überparteilicher BM handelt anders. Er informiert nicht nur seine Partei; die anderen hingegen gar nicht oder nur mit erheblichem Zeitverzug.

Überhaupt, Herr **Bürgermeister**, wenn man ihr **Grußwort zum Jahresende** und die Punkte, worauf man in unserem Rathaus so richtig stolz ist..., aufmerksam studiert, so finde ich nirgends eine Zeile zum Thema Grundwasser. Eigentlich konsequent, denn das Management dieses für viele so existenziellen Problemkreises ist nun wahrlich kein Gebiet, auf das der Bürgermeister stolz sein kann. Also lieber weglassen. Ich hoffe aber, dass in Ihren zukünftigen Grußworten von Erfolgen auch in diesem Bereich berichtet werden kann. Doch dazu bedarf es eindeutig anderer Prioritätensetzungen! Ich bin Realist, nicht blauäugig, gehe davon aus, dass wir noch eine lange Wegstrecke zur Lösung vor uns haben. Bei Ihnen jedoch verbreitet sich schon jetzt manchmal der Eindruck von Desinteresse und Langeweile. Ich kann mir durchaus eine Vielzahl von angenehmeren Aufgaben für einen Bürgermeister vorstellen. Da ist es nur allzu menschlich, manchmal von gewissen Themen und Typen genervt zu sein. Mein vollstes Verständnis dafür. Dennoch, es ist ihre Pflicht, sich als Bürgermeister für derart bedeutende Probleme mit ganzer Kraft einzusetzen und dabei die Verwaltung mitzureißen. Diese Pflichterfüllung fordern wir ein. Sie sollten nicht Getriebener, sondern **Speerspitze im Kampf gegen das Grundwasser** sein.

Wir, *Die Aktive*, werden uns auf jeden Fall mit allem Engagement dafür einsetzen, dass ein gesundheits- und gebäudeunschädlicher Grundwasserspiegel in den betroffenen Gebieten festgeschrieben wird. Ein **Grundwasser-management muss endlich her!** Die betroffenen Menschen haben einen berechtigten Anspruch auf eine nachhaltige Lösung. Ich hoffe, Sie sind dabei, Herr Dick. Ihre Parteifreunde Türks und Pfeifer scheinen sich ja inzwischen dem Grundwasser-Problem annehmen zu wollen. Sofern dies ernst gemeint ist und nicht parteitaktische Überlegungen im Vordergrund stehen, freuen wir uns über die Unterstützung.

Die SPD hält sich beim Thema Grundwasser weitgehend zurück; bloß nicht aus der Deckung kommen. Es ist Zeit, dass sie sich endlich neu positionieren!

12. Stellungnahme zum Haushalt 2007 sowie zur 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Damen und Herren,

"An Reformen, Einsparungen und Aufgabenkritik führt kein Weg vorbei" so unser Bürgermeister im Rat am 13.12.2005 (in seiner Rede zum Haushalt 2006, S. 3).

Was ist daraus geworden?

Ein Vergleich des ganzen Konsolidierungsgeredes der selbsternannten „gestaltenden Mehrheit“ und dem bisherigen Ergebnis zeigt es auf. Nichts!

Die Kollegen haben in ihren letzten Haushaltsreden (und auch dieses Mal?) zwar z. T. mit Zitaten, Polemik, Märchen und verbalen Verrenkungen unterhalten. Zum Thema Haushalt/Finanzen jedoch fand sich nur sehr wenig Substantielles. Die Haushaltsbegleitbeschlüsse der Vorjahre enthielten überwiegend nur „heiße Luft“. Ihre Anträge zum Haushalt 2007 waren in keiner Weise geeignet, die Haushaltsprobleme auch nur in Ansätzen anzupacken; hier scheint mir vielmehr vorgetäuschter Aktionismus der Beweggrund zu sein. So kommen wir aus der Übergangswirtschaft nicht heraus!

Auch dieser Haushalt ist nicht zukunftsweisend, Prioritäten sind falsch gesetzt, Realitäten werden weiterhin ignoriert. Ihr Motto „Weiter so“ und damit ein ständiges Hinausschieben notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen belastet die Bürger letztendlich umso mehr.

Dem ein Ende zu setzen liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Ratsmitgliedes! Sie sollten sich dieser Verantwortung stellen.

[Die Aktive](#) jedenfalls wird:

- dem Haushaltsplan 2007 und dem HSK in seiner 6. Fortschreibung
- dem Investitionsprogramm 2007-2010 und
- dem Stellenplan 2007

nicht zustimmen

Vielen Dank!